

MEIN STANDPUNKT



Prof. Dr. Bruno S. Frey, Universität Zürich, zur Frage:
Wie viele Kantone braucht die Schweiz?

Ein bekanntes Wochenheft schrieb um die Jahreswende: «Sieben Kantone sind genug!», und pries diese Idee als «Rezept für eine bessere Schweiz». Der Kanton Genf und der Kanton Waadt sollen gemäss diesem Vorschlag zusammengeschlossen werden, und die fünf Kantone der Innerschweiz würden zu einem Kanton Zentral-schweiz vereinigt.

Besonders seit Jahresbeginn werden wir mit Vorschlägen dieser Art überflutet. Neben allgemeinem Fortschritt, Modernität und Anschluss an Europa werden uns auch konkrete Kostenersparnisse versprochen.

In Wirklichkeit ist aber genau das Gegenteil der Fall. Die Forderung nach einem Zusammenschluss der Kantone ist mechanistisch geprägt und altem Denken verhaftet. Ein sinnvoller Vorschlag ermöglicht hingegen staatliche Einheiten, die sich dynamisch den jeweiligen Problemen anpassen. Dazu brauchen die bestehenden Kantone nicht zerschlagen zu werden.

Kantonzusammenlegungen betrachten einseitig nur diejenigen staatlichen Aufgaben, die deren Grenzen überschreiten. Solche «spillovers» gibt es aber in allen Gebietskörperschaften. Auch bestehende Nationen und sogar Kontinente sind für bestimmte staatliche Aufgaben zu klein. Denken wir etwa an die Friedenspolitik oder an den Treibhauseffekt. Muss deshalb ein Weltstaat gefordert werden? Dies wäre völlig utopisch. Sicherlich finden einige machtbesessene Politiker an dieser Idee Gefallen, für die Bürger jedoch wäre es ein Albtraum. Denn ein Weltstaat wäre sicher keine Demokratie, in der die Anliegen der Bürger ernst genommen würden (ein eindeutiges Demokratiedefizit existiert ja sogar schon in der «kleinen» Europäischen Union).

Tatsächlich lassen sich viele staatliche Aufgaben vorzüglich auf kleinem Raum bewältigen. Umweltprobleme bestehen zum Beispiel nicht nur global, sondern sind überwiegend lokal. So leistet eine Gemeinde, die ihre Umweltschutzaufgaben ernst nimmt, sicherlich einen wirksameren Beitrag als manche grossen Gebietskörperschaften, die sich vor allem durch grosse Pläne und Worte hervortun.

Wir brauchen also gleichzeitig grosse und kleine staatliche Einheiten – und zwar abhängig von den je-

weils unterschiedlichen Aufgaben. Die Vorstellung, grosse Gebietskörperschaften seien immer und überall kostengünstiger, ist naiv. Die empirische Evidenz zeigt im Gegenteil Kostennachteile der Grossen. Ein wesentlicher Grund liegt in der Tendenz einer zentralisierten öffentlichen Verwaltung, sich unnötig auszudehnen.

Wichtiger als die direkten Kosten ist jedoch, dass in grossen staatlichen Einheiten die Distanz zur Bevölkerung wächst. Die Bürger sind weniger gut informiert und beteiligen sich deshalb weniger häufig und weniger engagiert, was wesentliche Kosten in Form der Abweichung von den Wünschen der Bürger verursacht. Richtig gerechnet, sind kleine Gemeinden und Kantone durchaus ökonomisch effizient. Sie brauchen den Vergleich mit grösseren Einheiten nicht zu fürchten – ganz im Gegenteil!

Ein Gegenmodell zum Zusammen-

schluss von Kantonen existiert. Es ist leicht verständlich, zumindest für jene, die «gross» und «gut» nicht zum Vorneherein gleichsetzen. Die Gemeinden und Kantone sollen zur Erfüllung bestimmter Aufgaben neue staatliche Einheiten gründen und dafür spezielle Steuern erheben können. Im Unterschied zu den technokratisch konzipierten Zweckverbänden und Konkordaten sollen aber die Bürger eine direkte Mitsprache haben. Die Vorsteher oder Manager dieser als Focj (nach functional, overlapping, competing jurisdictions) benannten Einheiten werden direkt vom Volk gewählt und abberufen, wenn sie ihre Aufgaben schlecht erfüllen. Ausserdem können die Bürger Initiativen lancieren und Referenden verlangen. Einzelne Mitglieder können aus den Focj austreten, wenn sie mit den Leistungen nicht mehr einverstanden sind.

Weil diese neuen staatlichen Einheiten problemorientiert sind, weisen sie auch völlig unterschiedliche Grössen auf. Einige sind sehr klein (z.B. für lokale Verkehrsaufgaben), andere hingegen gross (z.B. für Verteidigung). Die Focj können auch als Vorbild für das zukünftige Europa angesehen werden.

Die hier vorgeschlagenen neuen Einheiten erreichen wichtige Ziele, ohne dass dafür Kantone zerschlagen werden müssen: Die Demokratie wird gestärkt und nicht unterhöhlt, die Einheiten können sich dynamisch an wechselnde Anforderungen anpassen, und sie sind kostengünstig und bürgernah.

*«Richtig
gerechnet sind
kleine Kantone
ökonomisch – sie
brauchen den
Vergleich mit
grösseren
Einheiten nicht
zu fürchten»*